

## **Ultimatum verstrichen**

*Nepals maoistische Rebellen lassen sich nicht unter Druck setzen.  
Regierung des Königs versucht, Friedensverhandlungen zu verhindern*

Die von Nepals Regierung gesetzte Frist für Gespräche mit den Maoistischen Rebellen ist verstrichen. Die Guerilla blieb bei ihrer Ablehnung. Der »Volkskrieg« werde nur ein Ende finden, wenn es zu Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung kommt, die eine neue Konstitution ausarbeitet, bekräftigte Guerillachef Pushpa Kamal Dayal. Um ihre Position zu untermauern, hatten die Aufständischen genau am 13. Januar, an dem das Regierungsultimatum für die Gesprächsaufnahme endete, 14 Soldaten des indischen Gurkha-Regiments entführt. Diese befanden sich auf Heimaturlaub und wurden am Sonntag wieder freigelassen. Es habe sich um ein Mißverständnis gehandelt. Man glaubte, es seien Gurkha-Soldaten des Monarchen, hieß es dazu lapidar in einer Erklärung der Rebellen. Ihren Kurs setzten sie aber mit der Entführung von über hundert Schülern und Lehrern im westlichen Kailali-Distrikt fort.

Im Herbst 2003 war ein vorsichtig begonnener Dialog über Bedingungen für Frieden abgebrochen worden. Premier Sher Bahadur Deuba von König Gyanendras Gnaden, seit Juni vorigen Jahres im Amt, hatte jüngst angekündigt, Vorbereitungen für Parlamentswahlen im April zu beginnen, wenn die Maoisten nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren sollten. Stur beharrt er auf dieser Absicht, obwohl sich selbst in seiner aus vier Parteien bestehenden Koalition und von seiten der Opposition deutlich Widerstand dagegen regt.

Die KP Nepals (Vereinte Marxisten und Leninisten) schätzt ein, dass die politische Situation für Wahlen nicht geeignet ist. Wenn im Land nicht Frieden herrsche, wären Wahlen nur eine Farce. Diese Ansicht teilt die Mehrheit der Bevölkerung, und sie bekundete ihre Position wiederholt auf Massendemonstrationen vor allem in der Hauptstadt Kathmandu. Deuba hingegen schloß einen erneuten Versuch, Kontakte zu den Maoisten aufzunehmen, aus und kündigte für die nächsten Tage die Bekanntgabe der Wahltermine an. Offensichtlich steht er unter enormem Druck des Königs. Dieser trägt die Hauptschuld an der gegenwärtigen Lage. Der Monarch löste vor zwei Jahren das Parlament auf, mischte sich hinter den Kulissen in die Politik ein und treibt bis heute mit den Maoisten ein Doppelspiel. Einerseits will er sie für Gespräche gewinnen. Andererseits bekämpft er sie militärisch und erhält dafür sogar die Unterstützung Indiens sowie einiger westlicher Länder. Dieser Tage wurde das Verteidigungsbudget von 200 Millionen Dollar um weitere 18 Millionen aufgestockt. Da sich das Königreich keiner Bedrohung durch die Nachbarstaaten Indien und China ausgesetzt sieht, liegt die Stoßrichtung dieser Entscheidung auf der Hand: verstärkter Kampf gegen die Rebellen der KP Nepal (Maoist).

Diese sehen deshalb allen Grund, ihren vor sechs Jahren begonnenen »Volkskrieg«, der sich im Kern gegen die feudalen Strukturen der Monarchie richtet und auf ein sozial gerechtes Gesellschaftssystem zielt, fortzusetzen. Daß sie demokratisch-parlamentarische Mittel durchaus nicht ablehnen, belegt ihre Bereitschaft zu Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung. Aber genau das, so befürchtet König Gyanendra, könnte der erste Schritt zum Ende seiner Herrschaft sein.